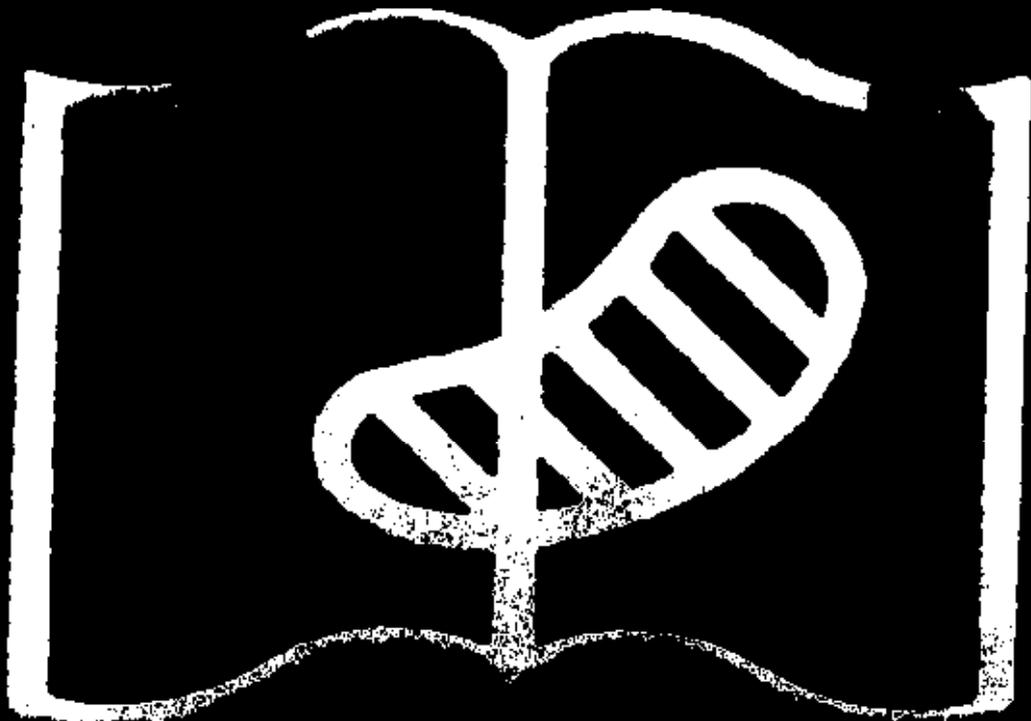


Sozialdemokratischer

Presseanwieser



gen

tskon-

ar Redu-
forderun-
gen auf.
t - nach

iv oder
der Zeit,
ve Wege

ndlungen
nzelchen
arathon,
land vor
n, einen
handlun-
Nuklear-
aren Ein-
in wirkli-

Prozeß
rn. Aus-
r Regie-
g an der
men zur
g öffent-
eigenen
rem Fall

Verlag, Re
Sozialdemokratischer Presseverlag GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Produziert durch
mit dem Ökostandard
Recycling-Papier



Arbeit ausweichen können, und dies ist im Interesse der Motivation aktiver Polizeibeamter richtig und zugleich wichtig für die Nachwuchswerbung.

Aber gerade die Nachwuchswerbung erfüllt mich mit großer Sorge: Ich beobachte nämlich seit einiger Zeit die Situation auf dem Lehrstellenmarkt und die immer größer werdende Konkurrenz um immer weniger Auszubildende. Mein Fazit: Wenn es nicht gelingt, die polizeiliche Arbeit besser zu honorieren, werden wir schon bald Probleme bei der Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs haben. Von einer Einstellung 'über den Durst', also über den Nachersatz hinaus brauchen wir dann bald gar nicht mehr zu sprechen.

(-/1. August 1991/st/fr)

Vorschläge aus dem Bonner Finanzministerium gehen nicht weit genug
Zur Abgabe bundeseigener Liegenschaften an Rheinland-Pfalz

Von Dr. Thilo Sarrazin
Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Finanzministerium

Die Vorschläge von Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel zur verbilligten Abgabe bundeseigener militärisch genutzter Liegenschaften sind leider völlig unzureichend und den Gegebenheiten in Rheinland-Pfalz nicht angemessen.

Ich begrüße es, daß der Bund sich in dieser Frage jetzt endlich bewegt und bereit ist, Ländern und Gemeinden entgegenzukommen. Insoweit sind die Vorschläge ein Schritt in die richtige Richtung.

Konkret hat Bonn vorgeschlagen, Preisabschläge von bis zu 50 Prozent zu gewähren, wenn die Liegenschaften Verwendung finden im sozialen Wohnungsbau und für Studentenwohnungen. Der gleiche Preisnachlaß gilt ebenso für Altersheime, Pflegeheime, Altenwohnungen sowie Bildungseinrichtungen und Werkstätten für geistig und körperlich Behinderte. Höhere Preisnachlässe bis zu 15 Prozent sind unter anderem vorgesehen für Sportstätten, Abwasser- und Abfallbeseitigungsanlagen.

Für Rheinland-Pfalz gehen die Vorschläge zu den Preisabschlägen nicht weit genug, um die vielschichtigen Probleme, die dem Land durch den Truppenabzug entstehen, insbesondere in strukturschwachen ländlichen Gebieten, zu meistern. Wir in Rheinland-Pfalz fordern vom Bund, die freiwerdenden Liegenschaften zu einem symbolischen Preis an uns abzugeben. Das auf dem Tisch liegende Angebot ist davon weit entfernt.

Im ländliche geprägten, strukturschwachen Raum ist es darüber hinaus erforderlich, auch Preisnachlässe für gewerblich/industriell genutzte Liegenschaften zu gewähren. Der ländliche Raum muß potentiellen Unternehmen mit attraktiven Grundstückspreisen zügig Ersatzarbeitsplätze anbieten können. Dazu hat der Bund, zumindest moralisch, eine Verpflichtung.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Vorschlag von Ministerpräsident Rudolf Scharping, freierwerdendes Militärgelände über einen Immobilienfonds zu vermarkten. Dieser Vorschlag muß von Bonn ernsthaft geprüft werden. Eine derartige Verwertungsgesellschaft bietet nämlich den Vorteil, Gemeinden und anderen Kaufinteressenten, insbesondere im strukturschwachen Raum, beim Kaufpreis entgegenzukommen.

(-/1. August 1991/rs/fr)

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 889 646 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Dr. Hermann Scheer benennt die Desiderate künftiger Abrüstung: Fortsetzung von atomaren Abrüstungsverhandlungen keine Perspektive

Seite 1

Klaus Wedemeier legt Vorschläge für die Regelung von Asylfragen vor: Keine Änderung des Artikels 16.

Seite 2

46. Jahrgang / 146

2. August 1991

Fortsetzung von atomaren Abrüstungsverhandlungen keine Perspektive

Selbständige Maßnahmen zum Abbau atomarer Waffen sind gefordert

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung und Rüstungskontrolle des Deutschen Bundestages

Nach dem enttäuschenden Ergebnis des START-Vertrages zur Reduzierung von Atomwaffen längerer Reichweite kamen sofort Forderungen nach Fortsetzung amerikanisch-sowjetischer Verhandlungen auf. Schon kursieren Begriffe wie START-II, START-III oder - erneut - nach SNF-Verhandlungen, also solchen über Kurzstreckenraketen.

Mir erscheinen solche Forderungen jedoch eher als politisch naiv oder zumindest sachlich unangemessen: Statt dessen ist es nun an der Zeit, Verhandlungen bisherigen Musters in Frage zu stellen und neue Wege in der atomaren Abrüstungspolitik zu beschreiten.

Politisch naiv erscheint mir die Fixierung auf weitere Verhandlungen bisheriger Art nicht nur, weil vor allem die USA bisher keine Anzeichen dazu erkennen ließen. Nach fast zehnjährigem Verhandlungsmarathon, das lediglich die Zangengeburt einer Reduzierung auf den Stand vor Beginn der Verhandlungen erbrachte, macht es keinen Sinn, einen weiteren derartigen Anlauf zu versuchen. Bei den Genfer Verhandlungen waren keine Abrüstungs-Unterhändler zugange, sondern Nuklear-Diplomaten - denen mehr um die Aufrechterhaltung von atomaren Einsatz-Optionen als um die Beseitigung der Atomwaffen geht. Ein wirklicher Abrüstungsprozeß kann in solchen Händen nicht reifen.

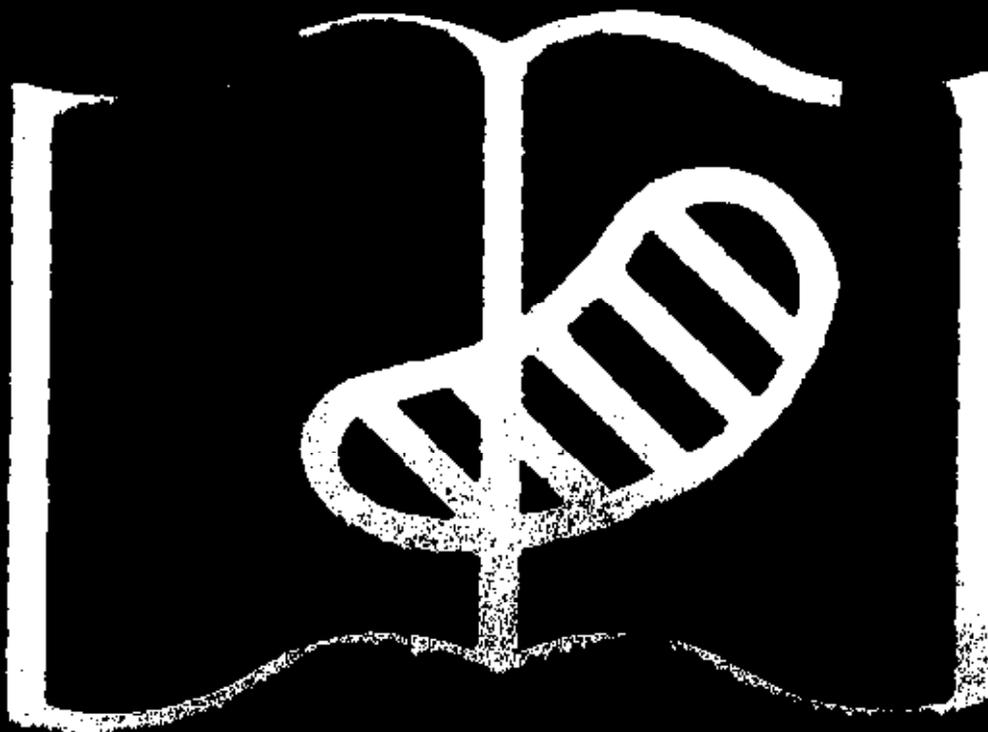
Statt weiterer Verhandlungen kommt es jetzt darauf an, einen Prozeß von selbständigen Maßnahmen aller Beteiligten einzufordern. Ausgangspunkt eines solchen politischen Prozesses ist, daß keiner Regelung mehr die Legitimation zur Fortsetzung oder zur Beteiligung an der Atomrüstung zugestanden werden darf. Selbständige Maßnahmen zur Atom-Abrüstung bedeuten, daß jede verantwortliche Regierung öffentlich darauf verpflichtet werden sollte, vor allem vor der eigenen Haustüre und im eigenen Haus zu kehren. Dazu gehört in unserem Fall

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichteter Druck
mit maximaler Recyclingrate
Recycling-Papier





kräftig und nicht alles das sehen, die Key, werden, sich nicht abgeben, können, daß über
800.000 Deutsche im Dritten Reich im Ausland Asyl gefunden haben und daß das der Grund

dafür war, den Artikel 16 so zu formulieren, wie er formuliert worden ist. Uns geht es nicht darum, wie Herr Stolber sagt, eine "Einschränkung des Grundrechts" auf Asyl zu erreichen, sondern uns geht es um die Sicherung des Grundrechts auf politisches Asyl. Und deshalb sehen wir uns ja auch in Bremen gezwungen, zu handeln. Das was wir getan haben und tun, läßt nicht die Ausländerfeindlichkeit wachsen, sondern soll ein Beitrag dazu sein, für die, die wirklich politisches Asyl benötigen, auch Verständnis zu wecken, und richtet sich gegen die wachsende Ausländerfeindlichkeit. Wer nichts tut in der Sache, wird eher die Ausländerfeindlichkeit noch weiter anheizen.

Bayern versucht, die Notlage Bremens politisch auszunutzen. Das wird scheitern. Ich denke, daß man diesem unseriosen Angebot einer Koalition im Bundestag zwischen CDU/CSU und SPD zur Änderung des Artikels 16 eine Koalition der Vernunft entgegensetzen sollte aus SPD, FDP und Grünen, die ja in der Frage der Sicherung des Grundrechts auf Asyl völlig einer Meinung sind und die, wenn auch bei ihren Vorstellungen zum Teil voneinander abweichend, sich auch Gedanken darüber machen, wie wir denn zu dem kommen können, was notwendig ist. Ich darf auf das verweisen, was Herr Kinkel dazu gesagt hat, im Widerspruch zu dem, was Herr Stolber geäußert hat. Ich meine, daß Minister Kinkel zu unterstützen ist. Notwendig ist nicht eine Änderung des Artikels 16 sondern notwendig ist.

1. daß wir zu einer schnelleren Verteilung zwischen den Ländern der Bundesrepublik bei den Erstankömmlingen kommen. Hier weigert sich Bayern interessanterweise, sich an solchen Gesprächen zielorientiert, ergebnisorientiert zu beteiligen, während wir zum Beispiel aus den Ländern Brandenburg und Rheinland-Pfalz das politische Signal haben, daß beide durchaus bereit sind, eine schnellere Verteilung zwischen den Ländern vorzunehmen, soweit ihre Aufnahmequote noch nicht ausgeschöpft ist. Das zeigt, welchen Hintergrund die Haltung Bayern insgesamt hat. Auf der einen Seite wenig hilfreiche Vorschläge zu machen, auf der anderen Seite sich zu weigern, eine schnellere Verteilung der Erstankömmlinge zu erreichen.
2. Das zweite ist, und da kann der Bundesjustizminister gemeinsam mit den Länderjustizministern helfen, ein schnelleres Verfahren zu erreichen, das Asylverfahrensrecht so zu ändern, daß wir zu kürzeren Verfahren kommen, insbesondere bei denen, deren Asylantrag offensichtlich unbegründet ist, bei den sogenannten Wirtschafts- oder Arbeitsflüchtlingen. Dazu würde auch gehören, daß die Außenstellen von Zirndorf in den Ländern deutlich verstärkt werden. Es reicht nach meinem Eindruck nicht aus, wenn in Bremen drei Mitarbeiter der Außenstelle Hamburg sitzen, die die Befragung durchführen. Und jede Befragung dauert zwei bis drei Stunden, mit Dolmetscher. Hier muß also das Personal erheblich verstärkt werden, so wie wir das in Bremen bei unsrem Ausländeramt auch tun. Das gilt sicherlich nicht nur für Bremen, sondern wohl auch für andere Bundesländer.
3. Wir müssen erreichen, daß eine Abschiebung nach einem abgelehnten Asylantrag beschleunigt wird. Bisher brauchen wir, auch wegen der Verfahren natürlich, sehr lange, bis eine Abschiebung vorgenommen werden kann. Aber mit einem Punkt 2 "der Verkürzung der Verfahren" ist sicherlich auch zu erreichen, daß dann die Abschiebung verkürzt werden kann. Dazu gehört auch, daß sich der Bundesjustizminister und die Länderjustizminister Gedanken darüber machen müssen, ob eine Abschiebung von Asylbewerbern nur bei schwerer Kriminalität möglich sein soll, so wie das bis heute der Fall ist, oder ob wir nicht auch bei anderen strafbaren Handlungen erreichen müssen, daß solche Asylbewerber abgeschoben werden. Das würde sicherlich auch sehr zur Akzeptanz in der Bevölkerung gegenüber Ausländern und insbesondere Asylbewerbern beitragen.
4. Der Bundesinnenminister muß sich wiederum mit seinen Länderkollegen sehr schnell darüber unterhalten, wie die Schlepperorganisationen bekämpft werden können. Ich habe nicht den Eindruck, daß es eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen den Innenministern und -Senatoren der Länder und des Bundes in dieser Frage gibt. Mir ist zum Beispiel gesagt worden, daß es bei Fingerabdrücken, wie an das BKA gesandt werden, bis zu sechs Monaten dauert, bis ein Ergebnis vorliegt. Das ist auch wichtig beim Abgleich daraufhin,

- der Abzug der atomaren Kurzstreckenwaffen und der atomaren Bomber: Nachdem in jedem Fall stattfindenden endgültigen Abzug der sowjetischen Atomwaffen aus Mitteleuropa gibt es hier nichts mehr zu verhandeln, sondern den Abzug der entsprechenden amerikanischen Atomwaffen zu verlangen;
- daß die Bundesregierung die Zustimmung zu jeder neuen Atomrüstung verweigert und keine eigenen Waffensysteme als Atomwaffenträger mehr zur Verfügung stellt - also auf die sogenannten Zweischlüssel-Systeme verzichtet;
- daß die Bundesregierung bei der französischen Regierung gegen den für den 1. September angekündigte Stationierung der neuen Mades-Raketen interveniert;
- daß endlich die Zielsetzung eines Stops der Atomwaffenversuche mit politischem Nachdruck vertreten wird - statt daß weiter wie bisher jeder Atomwaffenstaat die Fortsetzung seiner Versuche mit den Versuchen der anderen begründet.

Verhandlungen sind damit nicht generell unnötig. Aber ein neues Verhandlungsforum über Atomwaffen muß alle existierenden Atomwaffenstaaten einbeziehen und sich die Voraussetzungen und Schritte einer generellen weltweiten Beseitigung aller Atomwaffen zum Thema machen. Sinnvoll bleiben Verhandlungen auch über "Nichtrüstungsverträge" - also über Verträge, in denen sich die Teilnehmer darauf verpflichten, neue atomare Waffentechnologien nicht einzuführen.

Dies mag auf den ersten Blick unrealistisch klingen. Dem ist entgegenzuhalten: Wie realistisch ist es, daß sich die Partner für eine neue Weltordnung weiterhin mit einer technologischen Weiterentwicklung der Atomrüstung konfrontieren, dieses stets neue Niveau atomaren Schreckenspotentials immer wieder erneut mit unbefriedigenden Verhandlungsergebnissen zu stabilisieren versuchen und damit die Probleme der Zukunft lösen wollen?

Der wichtigste Akteur zu weiterer atomarer Abrüstung ist die atomwaffenkritische Öffentlichkeit, die die Fortsetzung der Atomrüstung und der atomaren Abschreckung nicht mehr hinzunehmen bereit ist - und dies ihren Regierungen deutlich signalisiert.

(-/2. August 1991/st/fr)

Keine Änderung des Artikels 16
Stolbers Vorschläge sind unerläß

Von Klaus Wedemeler
Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen

Es ist zu begrüßen, daß nun auch Bewegung in die Diskussion um das Asylverfahrensrecht gekommen ist. Allerdings, wie das oft so ist, kann man sich vor falschen Freunden manchmal schwer schützen. Dies ist bei anderen vielleicht leichter. Die CDU stärkt mir natürlich nicht den Rücken, mit dem was sie vorschlägt, sondern fällt mir eher in den Rücken, und das auch ganz bewußt. Es ist ein reichlich durchsichtiges Manöver, das Herr Stoiber in Gang gesetzt hat, und er wird ablaufen, wenn er glaubt, nun mit der SPD zusammen gegen seinen Bonner Koalitionspartner FDP eine Änderung des Grundgesetzartikels 16 durchsetzen zu können. Es bleibt für die Bremer Landesregierung und es bleibt auch für die SPD, nicht nur in Bremen sondern auch im Bund, dabei, daß wir diesen Kernbereich des Asylrechts nicht ändern werden. Dies ist weder notwendig noch würde die Flüchtlingswelle dadurch zurückgehen. Und Sozialdemokraten und hoffentlich alle deutschen Politiker werden sich immer daran erinnern, daß über 800.000 Deutsche im Dritten Reich im Ausland Asyl gefunden haben und daß das der Grund

dafür war, den Artikel 16 so zu formulieren, wie er formuliert worden ist. Uns geht es nicht darum, wie Herr Stolber sagt, eine "Einschränkung des Grundrechts" auf Asyl zu erreichen, sondern uns geht es um die Sicherung des Grundrechts auf politisches Asyl. Und deshalb sahen wir uns ja auch in Bremen gezwungen, zu handeln. Das was wir getan haben und tun, läßt nicht die Ausländerfeindlichkeit wachsen, sondern soll ein Beitrag dazu sein, für die, die wirklich politisches Asyl benötigen, auch Verständnis zu wecken, und richtet sich gegen die wachsende Ausländerfeindlichkeit. Wer nichts tut in der Sache, wird eher die Ausländerfeindlichkeit noch weiter anheizen.

Bayern versucht, die Notlage Bremens politisch auszunutzen. Das wird scheitern. Ich danke, daß man diesem unseriösen Angebot einer Koalition im Bundestag zwischen CDU/CSU und SPD zur Änderung des Artikels 16 eine Koalition der Vernunft entgegensetzen sollte aus SPD, FDP und Grünen, die ja in der Frage der Sicherung des Grundrechts auf Asyl völlig einer Meinung sind und die, wenn auch bei ihren Vorstellungen zum Teil voneinander abweichend, sich auch Gedanken darüber machen, wie wir denn zu dem kommen können, was notwendig ist. Ich darf auf das verweisen, was Herr Kinkel dazu gesagt hat, im Widerspruch zu dem, was Herr Stoiber geäußert hat. Ich meine, daß Minister Kinkel zu unterstützen ist. Notwendig ist nicht eine Änderung des Artikels 16 sondern notwendig ist.

1. daß wir zu einer schnelleren Verteilung zwischen den Ländern der Bundesrepublik bei den Erstankömmlingen kommen. Hier weigert sich Bayern interessanterweise, sich an solchen Gesprächen zielorientiert, ergebnisorientiert zu beteiligen, während wir zum Beispiel aus den Ländern Brandenburg und Rheinland-Pfalz das politische Signal haben, daß beide durchaus bereit sind, eine schnellere Verteilung zwischen den Ländern vorzunehmen, soweit ihre Aufnahmequote noch nicht ausgeschöpft ist. Das zeigt, welchen Hintergrund die Haltung Bayern insgesamt hat. Auf der einen Seite wenig hilfreiche Vorschläge zu machen, auf der anderen Seite sich zu weigern, eine schnellere Verteilung der Erstankömmlinge zu erreichen.
2. Das zweite ist, und da kann der Bundesjustizminister gemeinsam mit den Länderjustizministern helfen, ein schnelleres Verfahren zu erreichen, das Asylverfahrensrecht so zu ändern, daß wir zu kürzeren Verfahren kommen, insbesondere bei denen, deren Asylantrag offensichtlich unbegründet ist, beiden sogenannten Wirtschafts- oder Arbeitsflüchtlingen. Dazu würde auch gehören, daß die Außenstellen von Zirndorf in den Ländern deutlich verstärkt werden. Es reicht nach meinem Eindruck nicht aus, wenn in Bremen drei Mitarbeiter der Außenstelle Hamburg sitzen, die die Befragung durchführen. Und jede Befragung dauert zwei bis drei Stunden, mit Dolmetscher. Hier muß also das Personal erheblich verstärkt werden, so wie wir das in Bremen bei unserem Ausländeramt auch tun. Das gilt sicherlich nicht nur für Bremen, sondern wohl auch für andere Bundesländer.
3. Wir müssen erreichen, daß eine Abschiebung nach einem abgelehnten Asylantrag beschleunigt wird. Bisher brauchen wir, auch wegen der Verfahren natürlich, sehr lange, bis eine Abschiebung vorgenommen werden kann. Aber mit einem Punkt 2 "der Verkürzung der Verfahren" ist sicherlich auch zu erreichen, daß dann die Abschiebung verkürzt werden kann. Dazu gehört auch, daß sich der Bundesjustizminister und die Länderjustizminister Gedanken darüber machen müssen, ob eine Abschiebung von Asylbewerbern nur bei schwerer Kriminalität möglich sein soll, so wie das bis heute der Fall ist, oder ob wir nicht auch bei anderen strafbaren Handlungen erreichen müssen, daß solche Asylbewerber abgeschoben werden. Das würde sicherlich auch sehr zur Akzeptanz in der Bevölkerung gegenüber Ausländern und insbesondere Asylbewerbern beitragen.
4. Der Bundesinnenminister muß sich wiederum mit seinen Länderkollegen sehr schnell darüber unterhalten, wie die Schlepperorganisationen bekämpft werden können. Ich habe nicht den Eindruck, daß es eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen den Innenministern und -Senatoren der Länder und des Bundes in dieser Frage gibt. Mir ist zum Beispiel gesagt worden, daß es bei Fingerabdrücken, wie an das BKA gesandt werden, bis zu sechs Monaten dauert, bis ein Ergebnis vorliegt. Das ist auch wichtig beim Abgleich daraufhin,

